

Protokoll über die Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsdatum: Dienstag, den 04.11.2025
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:04 Uhr
Ort, Raum: Großer Sitzungssaal im Rathaus der Stadt Alfeld (Leine),
Marktplatz 1, 31061 Alfeld (Leine)

Anwesend:

Vorsitzender

Ratsherr Thorsten Dinkela

Beigeordnete

Beigeordnete Sandra Flake

Beigeordneter

Beigeordneter Peter Winkelmann

Mitglied

Ratsherr Paul Bieder

Ratsherr Karsten Wussow

Ratsfrau Ina Zummach

Ratsherr Stephan Schaper

Vertreter

Ratsfrau Gabriele Schunder

von der Verwaltung

Bürgermeister Bernd Beushausen

Herr Mario Stellmacher

Herr Thorsten Laugwitz

Frau Christine Evers

Herr Thomas Otte

Herr Bjarne Allruth

Protokollführerin

Frau Susanne Meyer

Abwesend:

Mitglied

Ratsherr Marco Gravili, entschuldigt

Ratsfrau Sonja Maria Lehmann, entschuldigt

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses sowie der Tagesordnung

Herr Dinkela eröffnet die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses und begrüßt alle Anwesenden. Anschließend stellt er die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Finanzausschusses am 29.09.2025

Das Protokoll über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses am 29.09.2025 wird einstimmig genehmigt.

3. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

4. Haushaltsplanberatungen 2026

Herr Laugwitz stellt die in der Einladung aufgeführten Budgets und Produkte unter Hinweis auf die jeweilige Seitenzahl im Haushaltsplan vor. Er erläutert dabei ausführlich, um welche Tätigkeiten, Einnahmen und Ausgaben es sich jeweils handelt.

Zum Produkt 111.02 sprechen sich bis auf die BAL-Fraktion alle gegen eine Kürzung der Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder für Mandatsträger aus.

Herr Winkelmann weist daraufhin, dass die Aufwandsentschädigungen ohnehin schon von 120,00 € auf 100,00 € gesenkt wurden. Im Vergleich zu anderen Kommunen läge die Höhe der Entschädigungen am unteren Rand. Im Hinblick auf die steigende Inflation sei eine Kürzung nicht angebracht. Auch müsse für neue Mandatsträger die Ratsarbeit lukrativ bleiben.

Herr Dinkela vertritt die Meinung, dass eine weitere Kürzung lediglich symbolischer Art sei und den defizitären Haushalt nicht effektiv entlasten würde. Auch für Interessenten für die Kommunalwahl bedeute dies keine Motivation, ein Ehrenamt anzunehmen. Fraktionskosten würden die meisten Fraktionen ohnehin nicht abrechnen.

Frau Flake schließt sich dem an. Auch sie ist der Meinung, dass 100 € der Mindestbetrag bleiben müsse, da es sonst noch schwieriger würde, junge Leute zu gewinnen. Grundsätzlich würde ihre Fraktion die Fraktionskosten nicht bzw. nicht vollumfänglich abrechnen, möchte sich aber dennoch die Möglichkeit einer Abrechnung vorbehalten.

Herr Schaper ist jedoch der Meinung, dass die Politik einen Beitrag zu den allgemeinen Kosten leisten solle. Daher sei seine Fraktion für eine Kürzung.

Nach kurzer Diskussion wird wie folgt über den Vorschlag der Verwaltung, die Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder um 10% zu senken, abgestimmt:

Mit 7 zu 1 Stimme wird der Vorschlag abgelehnt.

Der Antrag der BAL auf Absenkung der Fraktionskostenzuschüsse vom 01.10.2025 wird ebenfalls mit 7 zu 1 Stimme abgelehnt.

Herr Beushausen weist abschließend darauf hin, dass dieser Antrag im Verwaltungsausschuss und auch im Rat noch einmal gestellt werden könne.

Bezüglich des größten Budgets 100 -Personal- stellt Frau Evers eine umfangreiche Präsentation vor und beantwortet Einzelfragen hierzu. Diese Präsentation wird als Anlage dem Protokoll beigelegt und im RIS hochgeladen. Die Stadt Alfeld (Leine) beschäftigt derzeit insgesamt 348 Mitarbeiter.

Frau Evers berichtet, dass für das Jahr 2026 geplant sei, eine „Projektstelle“ für den Bereich des „Ruhenden Verkehrs“ aufwandsneutral einzurichten.

Ferner sei beabsichtigt, die Stellenstreichung aus dem HSK im Bürgeramt zurückzunehmen und diese 0,5 Stelle aufgrund der hohen Arbeitsbelastung wieder zu besetzen.

Herr Beushausen unterstützt dies ausdrücklich, da die Mitarbeiter im Bürgeramt unter einem hohen Stresslevel stünden, besonders, wenn sich vor dem Amt Schlangen wartender Bürger bilden. Es dürfe nicht sein, dass das Anliegen der Bürger nicht mehr zeitangemessen erledigt werde.

Herr Wussow fragt, ob Überstunden der Mitarbeiter ausgezahlt würden.

Frau Evers antwortet, dass der Tarifvertrag Auszahlungen nicht vorsieht. Eine Ausnahme sei, wenn ein Mitarbeiter in den Ruhestand gehe und zuvor keine Möglichkeit zum Freizeitausgleich habe.

Frau Flake möchte wissen, ob sich die Einrichtung der Ortsratsbudgets positiv auf die Arbeitsbelastung des Baubetriebshofs ausgewirkt habe.

Herr Laugwitz sagt, dass sich die Tabelle für den Bereich der Arbeiter sinkend verändert habe.

Herr Wussow fragt weiter, ob sich die hohe Anzahl an Überstunden gleichmäßig auf alle Arbeitsbereiche verteile und ob es eine Kappungsgrenze gäbe.

Frau Evers erklärt, dass sie dies so noch nicht sagen könne. Eine Kappungsgrenze gäbe es nicht, jedoch ein Ampelsystem in der Zeiterfassung. Wenn sich ein Mitarbeiter in der roten Phase befindet, müsse mit dem Vorgesetzten geklärt werden, wie die Überstunden abgebaut werden können.

Frau Evers ergänzt außerdem, dass eine Kappungsgrenze die Moral und den Einsatz der Mitarbeitenden schmälern könnte, insbesondere im Hinblick auf die bevorstehende Kommunalwahl.

Herr Winkelmann erkundigt sich nach einer Unfallversicherung bzw. Berufsunfallversicherung für die Arbeiter auf dem Friedhof und Baubetriebshof.

Frau Evers ist darüber nichts bekannt und werde dies prüfen.

Herr Laugwitz sagt, dass die Mitarbeiter an sich über den Gemeinde-Unfallversicherungsverband ausreichend versichert seien.

Herr Dinkela erkundigt sich aufgrund der hohen Krankenfallzeiten nach dem Durchschnittsalter der Mitarbeiter. Er möchte wissen, ob sich Tendenzen abzeichnen.

An einem gefährlichen Kipp-Punkt von 30 Fehltagen seien insbesondere Mitarbeitende in den Kindertagesstätten nahe dran. Dies sei äußerst bedenklich und dem müsse dringend entgegen gewirkt werden.

Auch Herr Beushausen erklärt die Situation für bedenklich. Es stelle sich dabei auch die Frage, wie attraktiv die Stadt als Arbeitgeber bei dieser Überlastungssituation sei.

Frau Evers gibt zu bedenken, dass die Bereitschaft der Mitarbeiter mehr zu leisten, abnehme. Homeoffice sei selbstverständlich auch möglich, wobei das mobile Arbeiten rege genutzt würde.

Zum Produkt 611.01 Steuern und Abgaben erklärt Herr Laugwitz, dass die Grundsteuerreform laut Gesetzgebung aufkommensneutral verlaufen sollte. Dies ist für das Jahr 2025 per Spitzberechnung auch so erfolgt.

Aufgrund der defizitären Haushaltslage schlägt die Verwaltung für das Jahr 2026 eine Erhöhung der Grundsteuerhebesätze A und B von 459 % auf 500 % vor. Dies würde einen Mehrertrag von ca. 420.000 € ergeben.

Für die Hundesteuer sowie die Vergnügungssteuer sei derzeit keine Erhöhung geplant.

Herr Dinkela ist der Auffassung, dass man insbesondere den Bürgern, die durch die Grundsteuerreform ohnehin teilweise schon stark belastet wurden, eine weitere Erhöhung nicht zumuten könne. Im Übrigen habe man das Versprechen abgegeben in dieser Ratsperiode die Steuern nicht zu erhöhen.

Auch Herr Winkelmann spricht sich gegen eine Erhöhung der Grundsteuer aus. Die Grundstückseigentümer älterer Gebäude haben durch die Reform bereits eine erhebliche Mehrbelastung hinnehmen müssen, so dass von einer Erhöhung direkt nach der Reform abgesehen werden sollte.

Frau Flake teilt mit, dass sich ihre Fraktion noch nicht abschließend positioniert habe, auch sie wolle das Wahlversprechen nicht brechen.

Herr Schaper schließt sich dem an und ist ebenfalls der Meinung, dass die Bürger nicht noch einmal belastet werden sollten. Die BAL wolle sich ebenfalls zunächst noch beraten.

Herr Laugwitz erklärt, dass er in Bezug auf die Grundsteuern die Argumentationen durchaus verstehen könne, gibt aber zu bedenken, dass das Land Vorgaben mache, wonach die Reform aufkommensneutral verlaufen solle, gleichzeitig sämtliche Kosten weiterhin steigen. Somit würde das Defizit immer größer. Im nächsten Jahr müsse seiner Meinung nach dann die Steuererhöhung umso höher ausfallen.

Hinsichtlich der Vergnügungssteuer fragt Herr Schaper ob insoweit nicht noch eine Erhöhung im Raum stünde.

Herr Laugwitz erklärt, dass die Vergnügungssteuer mit 20% schon recht hoch sei, bei über 22 % könnte eine erdrosselnde Wirkung geltend gemacht werden, so dass hier von einer Erhöhung zunächst abgesehen werden sollte.

Herr Beushausen verweist ebenfalls noch einmal auf das Dilemma, wonach der Bund und das Land immer wieder Aufgaben und Kosten auf die Kommunen herunterbrechen und diese nicht mehr wissen, wie sie dies alles bewältigen bzw. bezahlen sollen. Er bittet daher um kritische Beratungen. Gerne nehme er auch Einsparungsvorschläge entgegen.

Frau Flake erkundigt sich nach den Kosten der Straßenbeleuchtung, die in der Liste der freiwilligen Aufgaben aufgeführt sind.

Herr Laugwitz erklärt, dass nur die Beleuchtung der verkehrsgefährdenden Bereiche eine Pflichtaufgabe darstelle. Alles andere sei freiwillig.

Abschließend bedankt sich Herr Laugwitz bei Frau Evers sowie seinen Mitarbeitenden, Herrn Otte, Herrn Allruth und Frau Meyer für die geleistete Arbeit.

5. Mitteilungen der Verwaltung

-keine

6. Anfragen

-keine-

Herr Dinkela schließt die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses um 19:00 Uhr.

(Dinkela)
Vorsitzender

(Meyer)
Protokollführerin

(Beushausen)
Bürgermeister